

Mitteilung für die Presse

Lüchow-Dannenberg-Gesetz zügig verabschieden

„Der vorliegende Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen bietet eine solide Grundlage, um den Problemen des Raumes Lüchow-Dannenberg mit den beschränkten Mitteln einer Strukturreform Rechnung zu tragen.“ Mit dieser Feststellung reagierte der Geschäftsführer des Niedersächsischen Landkreistages (NLT) Hubert Meyer auf anhaltende Kritik am laufenden Gesetzgebungsverfahren. Aus Sicht des kommunalen Spitzenverbandes der 37 Landkreise und der Region Hannover ist es anerkennenswert, dass der Landesgesetzgeber die massiven verfassungsrechtlichen Zweifel am ursprünglichen Entwurf der Landesregierung - die der NLT entgegen dem Votum seines Mitglieds Lüchow-Dannenberg geteilt hat - ernst nimmt und hieraus Konsequenzen zieht.

Meyer forderte die Kritiker auf, die Kirche im Dorf zu lassen und zur Sachlichkeit zurückzufinden. „Es geht gerade nicht um ein Modell für Niedersachsen, sondern um die besondere Situation des früheren Grenzkreises Lüchow-Dannenberg. Ärgerlich ist das einsetzende Schwarzer-Peter-Spiel. Der Landkreis ist keineswegs allein für die Finanzprobleme verantwortlich. Beispielsweise trägt der Landkreis 75 Prozent der nicht gedeckten Kosten der Kindertagesstätten, ein Spitzenwert in Niedersachsen. Das allein sind 2,2 Millionen Euro. In anderen Landkreisen ist hingegen die gemeindliche Belastung weit höher. Im Übrigen hat die Rechtsaufsicht erst vor wenigen Tagen dem harten Konsolidierungsprogramm des Landkreises beträchtliche Erfolge bescheinigt und festgestellt, die wichtigste Ursache für das strukturelle Defizit seien die sich stark erhöhenden Ausgaben für Maßnahmen der sozialen Sicherung.“

Der NLT hat im Anhörungsverfahren betont, dass die enormen Finanzprobleme nicht allein durch das Zusammenführen von Verwaltungen gelöst werden können. Vielmehr ist der Gesetzgeber gefordert, insbesondere die strukturschwachen Räume von Aufgaben zu entlasten oder die notwendige Finanzausstattung zur Verfügung zu stellen. „Andererseits wäre es aber auch nicht zu vermitteln, wenn gerade diejenigen, die sich in schwieriger Situation intensiv um Einsparungen bemühen, am Ende mit leeren Händen dastehen und die Region Lüchow-Dannenberg von außerhalb verwaltet würde. Deshalb sollte der Landesgesetzgeber das Gesetzgebungsverfahren auf der Basis des vorliegenden Vorschlags zügig zum Abschluss bringen“, so Meyer abschließend.

5. April 2006